

Abs. Kirsten Baum, Ferdinandstr. 3A, 61348 Bad Homburg.

Bad Homburg, den 12.09.2026

Wenn alles sich rechnet – und niemand bezahlt.

RETTUNG als universales Geschäftsmodell!

Es gibt ein Wort, das in den vergangenen zwanzig Jahren erstaunliche Karrieren ermöglicht hat.

Rettung.

Bankenrettung.

Eurorettung.

Klimarettung.

Flüchtlingsrettung.

Coronarettung.

Ukraine-Rettung.

Und heute: Rettung Europas durch Aufrüstung.

Und selbst in der Kommunalpolitik geht es inzwischen um Rettung:
Wohnungsnot bekämpfen, bezahlbaren Wohnraum schaffen, Neubau fördern.

Rettung klingt gut.

Wer möchte schon gegen Rettung sein?

Genau darin liegt ihre politische Kraft.

Denn sobald etwas gerettet werden muss, verändert sich die Debatte.

Dann geht es nicht mehr zuerst um die Frage:

Ist diese Maßnahme vernünftig?

Sondern:

Was passiert, wenn wir nichts tun?

Und wenn die Antwort lautet:

Banken kollabieren, der Euro zerbricht, der Planet verbrennt, der Virus rafft die Menschen dahin, Intensivstationen laufen über, oder Russland steht morgen vor unserer Tür.

Dann ist die Entscheidung praktisch schon gefallen.

Wer Angst verbreitet und Rettung verspricht, bekommt Handlungsmacht.

Wer Zweifel anmeldet, muss sich vor allen rechtfertigen.

Und wer zahlt?

Darüber spricht man später.

Vielleicht ist genau das der große politische Mechanismus unserer Zeit.

Eine Krise erzeugt Angst.

Angst erzeugt Handlungsdruck.

Handlungsdruck erzeugt staatliche Eingriffe.

Staatliche Eingriffe erzeugen Geldströme der Steuerzahler.

Geldströme erzeugen Märkte.

Märkte erzeugen Interessen.

Und Interessen erzeugen schließlich den Wunsch, dass das System so weiterläuft.

Eine einfache Kette kann man so beschreiben:

Angsterzeugung und Gefahr: moralische Dringlichkeit: politischer Handlungsdruck: staatlicher Eingriff: Finanzierung mit Steuergeld-Milliarden: Begünstigte: dauerhafte Interessen.

Der Ökonom Thorsten Polleit nennt einen verwandten Mechanismus: kollektive Korruption.

Und der zu früh verstorbene Kabarettist Matthias Beltz fand dafür bereits lange vorher einen wunderbaren Satz:

Wenn sich alles rechnet - und niemand bezahlt.

Nur:

Niemand bezahlt?

Natürlich bezahlt jemand.

Immer.

Zum Beispiel die Bankenrettung:

Beginnen wir dort, wo das heutige Rettungszeitalter sichtbar wurde.

2007 und 2008.

Die Bankenkrise:

Bis heute wird sie häufig erzählt, als wäre über Nacht ein unerklärliches Gewitter über die Weltfinanzmärkte gezogen.

Das ist bequem.

Denn ein Gewitter hat keine Verantwortlichen.

Die Bankenkrise hatte welche.

US-Amerikanische Banken und Kreditvermittler hatten in den nuller-Jahren einen lukrativen Markt entdeckt.

Immobilienkredite.

Auch für Menschen, deren Einkommen und Bonität solche Kredite eigentlich fragwürdig machten.

Subprime.

Doch das eigentliche Geschäftsmodell war noch raffinierter.

Denn die kreditgebende US-Bank verkaufte ihn weiter.

Man bündelte Hypotheken zu Wertpapieren.
Mortgage Backed Securities.

CDOs.

Anschließend versahen die US Ratingagenturen, Moody's, Standard & Poor's, Fitch, große Teile dieser Produkte mit hervorragenden Bewertungen.

AAA.
Das Prädikat für höchste Sicherheit.

So konnten riskante Hypotheken weltweit an Banken, Versicherungen, Fonds und andere Anleger verkauft werden.

Das Risiko war nicht verschwunden.

Es hatte nur seinen Besitzer gewechselt.

Und dabei geschah etwas Entscheidendes:

Wer einen Kredit vergeben und anschließend verkaufen kann, besitzt weniger Anreiz, jahrelang darauf zu achten, ob der Schuldner ihn tatsächlich zurückzahlen kann.

Der Gewinn entsteht heute.

Das Risiko landet morgen irgendwo anders.

Das ist keine Erfindung von Kritikern.

Der Internationale Währungsfonds selbst beschrieb später die Fehlanreize dieses originate-to-distribute-Systems.

Und manchmal wird das System plötzlich sehr konkret.

Goldman Sachs strukturierte beispielsweise ABACUS 2007-AC1.

Der Hedgefonds Paulson & Co. wirkte bei der Auswahl von Hypothekenwerten mit und setzte gleichzeitig darauf, dass genau diese Werte abstürzen würden.

Die US-Börsenaufsicht SEC verklagte Goldman.

2010 zahlte Goldman Sachs 550 Millionen Dollar zur Beilegung des Verfahrens.

Investoren hatten mehr als eine Milliarde Dollar verloren.

Paulsons Gegenposition brachte ungefähr eine Milliarde Dollar Gewinn.

Das ist bemerkenswert.

Auf der einen Seite wird ein Finanzprodukt verkauft.

Auf der anderen Seite wettet man mit Derivaten auf seinen Zusammenbruch.

Und als das gesamte Konstrukt schließlich tatsächlich ins Rutschen gerät, erscheint plötzlich ein völlig neuer Akteur.

Der Steuerzahler.

Lehman Brothers kollabiert.

AIG muss gestützt werden.

Banken geraten weltweit in Schwierigkeiten.

Auch deutsche Institute hatten US-amerikanische Hypothekenrisiken gekauft.

IKB.

Hypo Real Estate.

Landesbanken.

Nun lautete nach dem Zusammenbruch der deutschen Banken die Botschaft:

Wenn der Staat nicht rettet, bricht das gesamte Finanzsystem zusammen.

Deutschland stellte einen Handlungsrahmen von 480 Milliarden Euro zur Stabilisierung des Finanzsystems bereit.

Bis zu 400 Milliarden Garantien.

80 Milliarden für Kapitalmaßnahmen und Risikoübernahmen.

Und hier beginnt das Problem.

Die Bank hatte entschieden.

Die Bank hatte verdient.

Manager hatten Boni kassiert.

Investoren hatten Renditen erhalten.

Aber als die Risiken das System bedrohten, wurden sie gesellschaftlich relevant.

Das berühmte:

Too big to fail.

Zu groß, um unterzugehen.

Ökonomisch übersetzt:

So groß, dass die Konsequenzen des eigenen Handelns nicht mehr vollständig selbst getragen werden müssen.

Das hat mit klassischer Marktwirtschaft nur noch begrenzt zu tun.

Denn Marktwirtschaft bedeutet nicht nur die Chance auf Gewinn.

Sie bedeutet auch die Möglichkeit des Verlustes.

Wenn Gewinne privat bleiben und existenzielle Verluste sozialisiert werden, ist das kein freier Markt.

Es ist Kapitalismus mit staatlichem Sicherheitsnetz.

Und eines ist wichtig zu erkennen:

Für ein dauerhaftes Rettungssystem braucht es keine große Verschwörung.

Es braucht vor allem die richtigen Leute an den richtigen Schaltstellen.

Für den Kauf von US-Wertpapieren hat Jörg Asmussen von der SPD geworben. Er war im Bundesfinanzministerium für Finanzmarktpolitik zuständig, saß gleichzeitig im Vorstand der IKB und Landesbank und sogar in der Kontrollbehörde der Bankenaufsicht BaFin.

Er wirkte zuerst an der Förderung des Verbriefungsmarktes mit – und wurde dann nach dem Crash der Geldhäuser zum Organisator der Bankenrettung und später zum EZB-Direktor.

Das Muster ist bemerkenswert:

Wer Märkte politisch öffnet, beaufsichtigt oder fördert, sitzt in der Krise oft wieder an zentraler Stelle, wenn mit Steuergeld gerettet wird.

Solche personellen Netzwerke sind für jede große Rettungspolitik wichtig:
Ob Banken, Euro, Klima, Migration, Corona, Aufrüstung.

Nicht weil damit automatisch Korruption bewiesen wäre – sondern weil Entscheidungen dort fallen, wo Politik, Verwaltung, Verbände und wirtschaftliche Interessen eng miteinander verflochten sind.

Ab 2010: Die Eurorettung.

Kaum war das Finanzsystem stabilisiert, musste schon wieder gerettet werden.

Diesmal der Euro.

Griechenland geriet in Zahlungsschwierigkeiten.

Dann Irland.

Portugal.

Spanien geriet unter Druck.

Zypern.

Die Sprache wurde dramatischer.

Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.

Ein bemerkenswerter Satz von Angela Merkel.

Denn damit wurde eine Währung politisch mit einem ganzen Kontinent gleichgesetzt

und faktisch die EU-Schuldenunion begründet.

Plötzlich bedeutete die Frage nach den Kosten einer Rettung nicht mehr:

Soll ein überschuldeter Staat gestützt werden?

Sondern:

Willst du Europa scheitern sehen?

Genau so funktioniert politisches Framing.

Es erweitert den möglichen Schaden so weit, bis die gewünschte Maßnahme alternativlos erscheint.

Aber auch bei Griechenland lohnt der Blick hinter das Wort: Rettung.

Griechische Staatsschulden befanden sich zu erheblichen Teilen in den Portfolios europäischer Finanzinstitutionen.

Deutsche Banken.

Französische Banken.

Versicherer.

Andere Investoren.

Ein ungeordneter Schuldenschnitt hätte also nicht nur Griechenland getroffen.

Er hätte die Gläubiger getroffen.

Und möglicherweise das gerade erst gerettete Bankensystem erneut destabilisiert.

Die sogenannte Griechenlandrettung von 2011 war deshalb immer auch eine Stabilisierung der Gläubigerseite.

Das muss man wissen, wenn Politiker erklären:

Wir retten Griechenland.

Die präzisere Frage hätte gelautet:

Wen retten wir eigentlich vor wem – und vor welchen Verlusten?

Die Klimarettung:

Dann begann eine Rettung ohne Enddatum.

Die Rettung des Welt-Klimas.

Natürlich verändert sich das Klima.

Natürlich spielt der Mensch dabei eine Rolle, jedoch nur eine sehr Untergeordnete.

Damit ist aber noch keine konkrete politische Maßnahme möglich.

Erst aus einer wissenschaftlichen Feststellung eines Problems wird politische Legitimation für beinahe jede Maßnahme, die mit dem Etikett Klimaschutz versehen wird.

Kohlendioxid - Bepreisung.

Emissionshandel.

Windkraftförderung.

Photovoltaik.

Elektromobilität.

Wärmepumpen.

Gebäudevorschriften.

Netzausbau.

Wasserstoff.

Speicher.

Subventionen.

Förderkredite.

Verbote.

Auflagen.

Das Entscheidende ist nicht einmal die einzelne Technologie.

Das Entscheidende ist der Mechanismus.

Der Staat definiert den Rahmen und verändert Preise.

Er verteuert das Unerwünschte.

Er bezuschusst das Gewünschte.

Damit erschafft er künstliche Märkte.

Und wo Märkte staatlich geschaffen werden, entstehen Unternehmen, deren Geschäftsmodell unmittelbar von politischen Entscheidungen abhängt.

Projektentwickler.

Windparkbetreiber.

Solarunternehmen.

Netzbetreiber.

Berater.

Zertifizierer.

Energieagenturen.

Förderbanken.

Hersteller subventionierter Technik.

Das muss nicht illegal sein.

Im Gegenteil.

Es ist meistens vollkommen legal.

Aber daraus folgt nicht, dass kein Interessenkonflikt entsteht.

Wer Millionen mit einem Förderprogramm verdient, besitzt sehr wenig Motivation, für

dessen Abschaffung zu kämpfen.

Wer eine Branche aufgebaut hat, weil der Staat ein bestimmtes Produkt privilegiert, wird politische Forderungen unterstützen, die diesen Markt erhalten.

So wird aus Klimapolitik Klimawirtschaft.

Und aus Klimawirtschaft entsteht eine Lobby.

Das eigentlich Interessante daran:

Irgendwann wird die Subvention selbst als Beweis dafür präsentiert, dass die Technologie wirtschaftlich funktioniert.

Der Bundesrechnungshof kritisierte 2024 genau dieses Problem.

Er warnte vor gewaltigen Kosten des Netzausbaus und davor, dass staatliche Zuschüsse gegen hohe Strompreise ein unvollständiges Bild der tatsächlichen Transformationskosten erzeugen.

Man kann Kosten verschieben.

Man kann sie aus der Stromrechnung nehmen und in den Bundeshaushalt legen.

Aber dadurch sind sie nicht weg.

Sie stehen nur auf einer anderen Rechnung.

2015: Die Migration: Rettung wird Infrastruktur.

Diesmal erzeugte Menschen Flüchtlingsströme, die Opfer im Kampf gegen den Terror wurden.

Auch diese Geschichte beginnt nicht an der deutschen Grenze.

Seit den bisher nicht aufgeklärten Ereignissen vom 11. September 2001 wurde Afghanistan über zwei Jahrzehnte Kriegsschauplatz im Kampf gegen den Terror. Und Deutschland schloss sich an und verteidigte seine Grenzen ab 2001 am Hindukusch, so damals Peter Struck von der SPD.

In der Folge wurde der Irak 2003 von den USA und ihren Verbündeten zum zweitenmal nach 1990 angegriffen.

Diesmal begründeten die USA und Großbritannien den Irakkrieg mit der angeblichen Bedrohung durch **irakische Massenvernichtungswaffen, was sich im Nachhinein als Lüge** herausstellte.

Das wohlhabende Libyen, das im Norden von Afrika Europas Grenzen vor Migration schützte, wurde 2011 unter Beteiligung von NATO-Staaten völkerrechtswidrig angegriffen; das Land zerfiel anschließend weitgehend.

Syrien versank im Bürgerkrieg durch islamische Milizen, die sogar westliche Unterstützung erhielten.

Millionen Menschen wurden vertrieben.

Aber die große Bewegung nach Europa setzte nicht unmittelbar mit dem Beginn dieser Kriege ein.

Viele Menschen blieben zunächst in der Region, in der Türkei, im Libanon und in Jordanien.

Erst mit der Halbierung der Finanzhilfen durch internationaler Hilfsprogramme, in Verbindung mit der Verschlechterung der Lage für Flüchtlinge, gab es für Flüchtlinge einen wesentlichen Grund, weiter nach Europa zu ziehen.

Das ist eine bemerkenswerte Chronologie.

Für vergleichsweise überschaubare Beträge fehlte Geld, um Millionen Menschen nahe ihrer Heimatregion zu versorgen.

Als sie anschließend Europa erreichten, entstanden Kosten in völlig anderen Dimensionen.

Unterbringung.

Sozialleistungen.

Sprachkurse.

Integrationsmaßnahmen.

Gesundheitsversorgung.

Sicherheitsdienste.

Transport.

Verwaltung.

Rechtsberatung.

Wohnungsbau.

Daraus entstand ein neuer Markt.

Nicht weil Flüchtlinge selbst besonders zahlungskräftige Kunden waren.

Sondern gerade weil sie es häufig nicht waren.

Der zahlende Kunde wurde der Staat.

Der Steuerzahler.

Und das verändert alles.

Denn bei einem normalen Markt entscheidet der Kunde, was ihm eine Leistung wert ist.

In einem staatlich finanzierten Markt entscheidet Politik.

Es entstanden und wuchsen:

Unterkunftsbetreiber.

Sozialunternehmen.

Wohlfahrtsverbände.

Sprachkursträger.

Beratungsstellen.

Sicherheitsfirmen.

Projektgesellschaften.

NGOs.

Verwaltungsstrukturen.

Auch hier gilt:

Dass jemand Flüchtlingen hilft, macht ihn nicht korrupt.

Aber eine Organisation, deren Personal, Büro, Finanzierung und Existenz von einer dauerhaften staatlichen Aufgabe abhängen, entwickelt zwangsläufig Interessen.

Das ist keine moralische Anklage.

Es ist ökonomische Logik.

Wenn das Problem morgen verschwindet, verschwindet möglicherweise auch der Etat.

Und damit beginnt der Mechanismus, den der Ökonom Thorsten Polleit schon 2011 beschreibt.

Nicht Bestechung:

Abhängigkeit.

2020: Die Corona Pandemie.

Und damit die Rettung der Welt vor einem unsichtbaren Feind. Dem Virus.

Mit Corona wurde aus dem Rettungsstaat zeitweise ein Verwaltungsstaat für nahezu das gesamte gesellschaftliche Leben.

Ab März 2020 hieß es: **Wir sind im Krieg.**

Um die Bevölkerungen auf eine Generalmobilmachung gegen das Virus einzustimmen wiederholten sich Fernsehansprachen weltweit.

Damit rechtfertigten sich **landesweite Ausgangssperren** sowie die Mobilisierung der Armee.

Ein neues Virus.

Unsicherheit.

Die bekannten Bilder aus Bergamo.

Modellrechnungen. Hypothesen

Inzidenzen. R-Faktor kleiner 1

Jeder der hustete und verstarb war ein Corona-Toter. Obduktion wurde abgelehnt.

Dennoch waren Intensivstationen unterbelegt.

Dann ab März 2020:

Lockdown.

Kontaktverbote.

Geschlossene Restaurants.

Geschlossene Geschäfte.

Schulschließungen.

Ausgangsbeschränkungen.

Masken.

Tests.

2G.

3G.

Ab 28. Dezember 2020 Impfkampagnen.

Der Staat griff zunächst massiv in wirtschaftliche Tätigkeit ein.

Und musste anschließend genau diejenigen entschädigen, deren Tätigkeit er eingeschränkt hatte.

Auch das ist bemerkenswert.

Der Staat erzeugt durch seine Entscheidung wirtschaftlichen Schaden – und wird anschließend zum Retter dieses Schadens mit Steuergeld der Bürger.

Soforthilfe.

Überbrückungshilfe.

Kurzarbeitergeld.

Kredite.

Garantien.

Entschädigungen.

Dazu ein gewaltiger Beschaffungsmarkt.

Masken.

Tests.

Impfstoffe.

Logistik.

Beratung.

Digitalisierung.

Jens Spahns Gesundheitsministerium beschaffte Milliarden Masken.

Der Bundesrechnungshof stellte später fest:

5,7 Milliarden Masken.

Kosten etwa 5,9 Milliarden Euro.

Ein erheblicher Teil wurde nie benötigt.

Dazu Lagerung.

Vernichtung.

Rechtsstreitigkeiten.

Wenn der Staat einen garantierten Preis für zum Beispiel Masken anbietet, kommt das Angebot erstaunlich schnell.

Und danach bleibt die Frage:

Wie gut wurde kontrolliert?

Wie viel wurde abgerechnet?

Wer hat verdient?

Wer haftet für Fehlentscheidungen?

Der Ukraine-Krieg:
die Geschichte beginnt nicht 2022

Beim Ukrainekrieg zeigt sich besonders deutlich, wie stark politische Erzählungen davon abhängen, an welchem Datum man beginnt.

Beginnt man am 24. Februar 2022, ist die Geschichte einfach:

Russland greift die Ukraine an.

Das ist tatsächlich geschehen.

Aber die Vorgeschichte verschwindet.

Beginnen wir deshalb früher.

In den 1990-er Jahre.

Die Republik Krim erklärt sich im Februar 1991 als erste souveräne Republik unabhängig von der Sowjetunion. Erst im August 1991 folgt die Republik Ukraine, – jedoch ohne die Krim.

Entgegen den internationalen Vereinbarungen von 1990 erweiterte sich die NATO nach Osten.

Für Washington und viele osteuropäische Staaten war das Ausdruck souveräner Bündniswahl.

Für Moskau war die immer weitere Ausdehnung eines militärischen Bündnisses bis

an die eigene Grenze eine sicherheitspolitische Provokation.

Krieg wird ein Geschäft.

Und jetzt kommt wieder das Thema dieses Textes.

Rettung.

Die Ukraine muss für den Erhalt unserer Werte gerettet werden.

Mit 100-en Milliarden Sondervermögen für höhere Verteidigungsausgaben.

Rheinmetall.

Diehl.

Hensoldt.

KNDS.

MBDA.

Neue Fabriken.

Neue Produktionslinien.

Langfristige Verträge.

Aktienkurse.

Hier gilt wieder:

Aus der Existenz wirtschaftlicher Profite folgt nicht, dass Unternehmen den Krieg verursacht haben.

Das wäre zu einfach.

Aber ebenso naiv wäre es, so zu tun, als entstünden durch einen jahrelangen Rüstungsboom keine Interessen an dauerhaft hohen Verteidigungsausgaben. Und wie soll Frieden entstehen, wenn wirtschaftliche Interesse am Fortgang besteht.

Das ist genau Thorsten Polleits Punkt.

Ein System braucht keinen geheimen Regisseur.

Es reicht, wenn jeder Akteur rational auf die Anreize reagiert.

Und nun kommen wir im Kleinen Maßstab zu Bad Homburg.

An diesem Punkt könnte man sagen:

Was hat Goldman Sachs mit Bad Homburg zu tun?

Was hat die NATO mit dem Jacobi-Areal zu tun?

Auf den ersten Blick:

nichts.

Auf den zweiten:

eine ganze Menge.

Denn der Mechanismus ist derselbe.

Eine politische Notwendigkeit wird formuliert.

Wir brauchen Wohnungen.

Warum?

Die Bevölkerung wächst.

Warum wächst sie?

Obwohl ab 2021 plötzlich und unerwartet die Sterbefälle um zirka 11 Prozent zunehmen und die Geburten um bis zu 23 Prozent einbrechen.

So stehen im Hochtaunuskreis von 2021 bis 2025 rund 8.700 Geburten ungefähr 13.700 Sterbefälle gegenüber.

Ein natürliches Bevölkerungsdefizit in 5 Jahren von ungefähr 5.000 Menschen.

Besonders bemerkenswert. Denn die Stadtbevölkerung Bad Homburgs wächst trotz Geburtenrückgang und erhöhte Sterbefallzahlen im gleichen Zeitraum durch äußere Zuwanderung um 5,2 % oder 2.800 Menschen.

Das ist zunächst weder gut noch schlecht.

Es ist Mathematik.

Doch daraus ergibt sich eine Frage, über die erstaunlich wenig gesprochen wird:

Ist Bevölkerungswachstum automatisch zahlungsfähige Wohnungsnachfrage?

Nein.

Ein Mensch braucht eine Wohnung.

Damit ist aber noch lange nicht gesagt, dass er eine Neubauwohnung finanzieren kann, die 7.500, 8.500 oder 9.500 Euro je Quadratmeter Herstellungskosten verursacht.

Genau dort beginnt das nächste Rettungsmodell.

Wir bauen teuer.

Dann stellen wir fest:

Der Neubau ist unbezahlbar.

Also brauchen wir bezahlbaren Wohnraum.

Also Förderung.

Subventionierte Grundstücke.

Günstige Kredite.

Mietpreisbindungen.

Zuschüsse.

Wohngeld.

Kommunale Gesellschaften.

Und plötzlich rechnet sich ein Projekt, das sich unter normalen Marktbedingungen möglicherweise überhaupt nicht gerechnet hätte.

Der Staat erzeugt mit Geld der Steuerzahler Zahlungsfähigkeit.

Und diese staatlich erzeugte Zahlungsfähigkeit wird anschließend als Nachfrage interpretiert.

In unserem Modell für das Jacobi-Areal stehen Herstellungskosten von ungefähr 7.500 bis 9.500 Euro je Quadratmeter einer Marktmiete von etwa 20 Euro gegenüber, während für eine rein wirtschaftliche Darstellung möglicherweise ungefähr 30 Euro je Quadratmeter erforderlich wären.

Diese Differenz ist keine Meinung.

Sie muss jemand tragen.

Und hier sind wir wieder bei Matthias Beltz.

Wenn alles sich rechnet – und niemand bezahlt

Natürlich bezahlt jemand.

Die Frage lautet nur:

Wer?

Bei den Banken:

der Staat.

Beim Euro:

der Staat.

Bei klimapolitischen Förderprogrammen:

der Staat.

Bei Migration und Integration:

der Staat.

Bei Corona-Hilfen:

der Staat.

Bei Waffenlieferungen:

der Staat.

Bei subventioniertem Wohnungsbau:

der Staat.

Aber der Staat ist kein wohlhabender Onkel mit einem unerschöpflichen Bankkonto.

Der Staat ist ein Verteilsystem.

Er nimmt.

Er leiht.

Er garantiert.

Und er verteilt.

Am Ende stehen:

Steuern.

Abgaben.

Inflationäre Effekte.

Schulden.

Oder zukünftige Verpflichtungen.

Der Ökonom Thorsten Polleit nennt den gesellschaftlichen Zustand, der daraus entstehen kann, kollektive Korruption.

Nicht, weil jeder einzelne Beteiligte bestechlich wäre.

Sondern weil immer mehr Menschen gute Gründe bekommen, das System nicht infrage zu stellen.

Die Bank will ihre Garantie.

Der Konzern seinen Auftrag.

Der Projektierer seine Förderung.

Die NGO ihr Programm.

Die Behörde ihre Stellen.

Die Kommune ihren Zuschuss.

Der Vermieter seine Förderung.

Der Mieter sein Wohngeld.

Der Politiker den sichtbaren Erfolg.

Alle haben einen Vorteil.

Die Rechnung wird dagegen auf Millionen Menschen verteilt.

Und genau deshalb entsteht kaum Widerstand.

Der einzelne Vorteil ist groß.

Der einzelne Kostenanteil klein.

So wächst der Staat und die Gefolgschaft.

Programm für Programm.

Rettung für Rettung.

Milliarde für Milliarde.

Vielleicht sollten wir das Wort Rettung deshalb anders hören

Wenn künftig jemand sagt:

Wir müssen retten,

sollten wir nicht automatisch widersprechen.

Aber wir sollten sofort fragen:

Was genau soll gerettet werden?

Wer definiert die Gefahr?

Welche Alternativen wurden geprüft?

Wer bekommt das Geld?

Wer verdient daran?

Welche neuen Abhängigkeiten entstehen?

Wer trägt das Risiko?

Und wann endet die Rettung eigentlich wieder?

Denn genau diese letzte Frage wird erstaunlich selten beantwortet.

Bankenrettung erzeugt neue Finanzregeln.

Eurorettung erzeugt permanente Rettungsmechanismen.

Klimarettung läuft bis 2045 und darüber hinaus.

Migrationspolitik erzeugt dauerhafte Infrastruktur.

Corona hinterließ Milliardenverträge und Nachwirkungen.

Der Ukrainekrieg erzeugt neue langfristige Rüstungsstrukturen und Wiederaufbau.

Und Wohnungsnot soll mit Gebäuden bekämpft werden, deren Finanzierung wiederum staatliche Hilfe benötigt.

Vielleicht ist deshalb nicht die Krise das eigentliche Geschäftsmodell.

Vielleicht ist es die Rettung.

Denn für fast jede Rettung findet sich eine moralische Begründung.

Für fast jede Rettung findet sich öffentliches Geld.

Und sobald das Geld fließt, findet sich auch jemand, der davon lebt.

Matthias Beltz fasste es schöner zusammen:

Wenn alles sich rechnet – und niemand bezahlt.

Thorsten Polleit würde vermutlich ergänzen:

Irgendwann hängen so viele Menschen am System, dass niemand mehr wissen möchte, was passieren würde, wenn einmal nicht gerettet würde.

Vielleicht klingt all das weit entfernt:

Bankenrettung. Eurorettung. Coronarettung. Ukrainerrettung. Klimarettung, Milliardenprogramme.

Aber die Mechanismen, über die wir gesprochen haben, enden nicht in Berlin, Brüssel oder Frankfurt.

Man kann ihnen auch vor der eigenen Haustür begegnen.

Und damit zurück zum Ausgangspunkt dieser Betrachtung: zum Jacobi-Areal in Bad Homburg.

Deshalb zum Schluss – zurück ins Stadtparlament nach Bad Homburg

Und damit zurück zum Ausgangspunkt: dem Jacobi-Areal.

Die KEHRTWENDE hatte ganze **fünf Minuten Redezeit vor dem Stadtparlament zugebilligt bekommen**, um einen Vorschlag zu erklären, der gerade nicht aus einem fertigen Bauprojekt bestand.

Die Idee war eine andere:

Nicht heute festlegen, was in zwanzig Jahren gebraucht wird.

Nicht möglichst schnell möglichst viel kreditfinanzierte Baumasse schaffen und die Vermietung bezuschussen.

Das Ziel war folgendes:

Der Jacobi-Klimapark bietet einen anpassungsfähigen dritten Weg.

8 – 12 Untergeschosse für spätere Punkthäuser sowie die notwendigen Leitungsachsen könnten bereits heute errichtet werden.

Ebenso eine Quartiersgarage, die zunächst die Nachbarschaft nutzt.

Auf den Decken der Untergeschosse der zukünftigen Punktgebäude entstehen so vorübergehend Flächen für Sport, Spiel, Begegnung und Freizeit.

Auf dem übrigen Gelände wächst ein Natur- und Klimapark mitten in der Stadt.

So wird die große innerstädtische Brache zeitnah für die Bürger nutzbar.

Gleichzeitig bleiben bereits vorbereitete Baufelder für eine spätere, bedarfsgerechte Bebauung erhalten.

Unsere Forderung lautete deshalb:

- Keine dauerhafte Brache.
- Keine maximale Blockbebauung mit jahrzehntelangem Kapitaldienst und dauerhaftem Zuschussbedarf.
- Der Jacobi-Klimapark ist kein Verzicht auf Entwicklung.
- Er verbindet eine sofortige öffentliche Nutzung mit einer späteren bedarfsgerechten Bebauung.
- Durch die lockere Bebauung können zudem zwei Frischluftschneisen in die Stadt erhalten bleiben.

Das ist eine Entwicklung in verantwortbaren Schritten.

Zunächst die notwendige Infrastruktur vorbereiten und das Areal anschließend **schrittweise und nur nach tatsächlichem Bedarf** mit einzelnen Punkthäusern entwickeln und einen Klimapark wachsen lassen.

Ein Konzept für Jahrzehnte – erklärt in fünf Minuten.

Anschließend wurde es einstimmig abgelehnt.

In der Diskussion entstand dabei der Eindruck, dass wesentliche Teile des Vorschlags überhaupt nicht verstanden worden waren.

Besonders bemerkenswert war das Verhalten der SPD-Stadt- und Landtagsabgeordneten **Elke Barth**. Sie unterbrach Kirsten Baum bereits nach wenigen Sätzen wiederholt mit lauten Zwischenrufen – obwohl die Redezeit der fraktionslosen KEHRTWENDE durch betreiben aller Fraktionen ohnehin auf nur fünf Minuten begrenzt war.

Man kann den Jacobi-Klimapark ablehnen.

Aber Demokratie bedeutet zunächst, eine andere Idee **anzuhören, zu verstehen und dann darüber zu entscheiden**.

Genau daran bleiben Zweifel. Denn die anschließende Diskussion wurde rasch beendet, da auch die Teilnahme von Frau Kirsten Baum an der Diskussion zeitlich auf nur 5 Minuten durch die anderen Stadtverordneten begrenzt wurde.

Die entscheidende Frage wurde so gar nicht beantwortet:

Niemand interessierte die Demografie, warum es seit 2021 plötzlich und unerwartet zu erhöhten Sterbefällen und fehlenden Geburten gekommen war.

Niemand fragte nach den Gründen für eine merkliche äußere Zuwanderung im gleichen Zeitraum.

Aus den Wortmeldungen aller Fraktionen ließ sich erkennen, dass sich Architekten finden, die für eine angemessene Blockbebauung sorgen werden, für die wohl Fördermittel für bezahlbaren Wohnraum angefragt werden. Eine Abwärtsspirale, die Zuwanderung benötigt um das System am Laufen zu

halten, wollte niemand diskutieren.

Auf den Hinweis, dass die Zensusbefragung 2022 ermittelte, dass es in Bad Homburg 3,2 % leerstehende Wohnungen gebe, antwortete niemand.

Vielleicht zeigt sich das große Thema dieser Aufnahme am Ende sogar im Kleinen:

Ist eine Alternative unerwünscht und deshalb Redebeiträge zeitlich stark limitiert werden, weil sie falsch ist – oder weil mit ihr weniger gebaut, weniger gefördert und weniger öffentliches Geld bewegt würde?

Diese Frage sollte man stellen dürfen.

Kirsten Baum

KEHRTWENDE Bad Homburg